

Abschlussklärung der Bernauer Wasserkonferenz 30.08.2014

des Dachverbandes der brandenburgischen Bürgerinitiativen
Aktionsbündnis *Das Wasser-Netz* - www.wasser-netz.de



Die Landesregierungen in Brandenburg haben mit ihrer Gesetzgebung seit Februar 2004 den sozialen Frieden der Bevölkerung empfindlich gestört. Deshalb engagiert sich das Aktionsbündnis *Das Wasser-Netz* für Veränderungen und vertritt hier tausende Bürger, die sich im Land Brandenburg zu Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben. Wir treten ein:

"Für Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung"

Das Aktionsbündnis *Das Wasser-Netz* steht für:

- Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in kommunaler Hand.
- Ein beitragsfreies Brandenburg.
- Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der kommunalen Wasserversorgung.
- Sozialverträgliche Wasser- und Abwassergebühren für alle Wassernutzer.
- Eine landesweite wirkungsvolle Kontrolle der Wassergebühren. Soziale und ökologisch sinnvolle sowie langfristig wirksame Konzepte in der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.
- Einen Runden Tisch der Siedlungswasserwirtschaft zusammen mit den Bürgern und Bürgerinnen, den Wasser- und Abwasserverbänden, Vertretern der Kommunen und Vertretern der Landespolitik und der Landesregierung.

Für das Land Brandenburg fordern wir:

1. Die Gesetzeslage aus dem Jahr 2003 in § 8 Absatz 7 des Kommunalabgabengesetzes wieder herzustellen und das Wort „rechtswirksam“ zu streichen.
2. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Wir engagieren uns für eine kommunale Versorgung mit sozialverträglichen Gebühren für alle Wassernutzer. Land und Kommunen müssen dabei die Landflucht in Brandenburg berücksichtigen und nicht nur bis zur nächsten Wahl planen.
3. Alle Wassernutzer sollen sich nach Ihrem Verbrauch, finanziell und sozial verträglich, an den Kosten für eine qualitativ hochwertige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung beteiligen.

4. Sozial verträgliche Gebühren erfordern eine unabhängige und wirkungsvolle Kontrollinstanz – auch für kommunale Versorger. Diese Aufgabe sollte, wie bei privaten Versorgern, die Landeskartellbehörde wahrnehmen.
5. Der zentrale Anschlusszwang insbesondere im Abwasserbereich muss neu überdacht werden. Investitionen in unwirtschaftliche lange Abwasserleitungen im Flächenland Brandenburg führen in eine Sackgasse. Die Bürger wollen dezentrale und ökologisch innovative Kleinkläranlagen. Auch der Abbau von nicht mehr wirtschaftlich arbeitenden Anlagen darf kein Tabuthema mehr sein, etwa finanziert über Gebühren. Nur so gelangen wir zu langfristig sozialverträglichen Gebühren.
6. Wir brauchen eine landesgeführte zentrale Wirtschaftlichkeits- und Plausibilitätskontrolle für Investitionen und die daraus folgenden Gebühren der kommunalen Zweckverbände. Fehlinvestitionen der 90-er Jahre in einzelnen Wasserverbänden dürfen nicht einseitig auf die Verbraucher und Kommunen abgewälzt werden. Das Land und die Banken sollten aufgrund eigener Fehlentscheidungen zusammen mit uns allen für einen sozialverträglichen Ausgleich sorgen.
7. Die Struktur von hochverschuldeten Zweckverbänden, die unwirtschaftlich arbeiten, ist neu zu überdenken. Man könnte zu große oder ineffizient arbeitende Verbände aufspalten. Andernfalls sind die kommunalen Anbieter bedroht, denn eine Wirtschaftsförderung auf ewige Zeit scheidet aus.
8. Es fehlt eine neutrale Anlaufstelle in Brandenburg, die den Bürgern hilft, deren Akteneinsichtsrechte aus dem Umweltinformationsgesetz wirksam in der Praxis durchzusetzen, etwa um Kalkulationen zu prüfen. Die Landesbeauftragte für Akteneinsicht- und Informationszugang sollte auch für das Umweltinformationsgesetz zuständig sein.
9. Bürgerinitiativen sollten als Sachkundige an Gremien und Arbeitsgruppen der Siedlungswasserwirtschaft offiziell und von Anfang beteiligt werden.

Die vergangenen 22 Jahre haben gezeigt, dass der bisherige Weg nicht der Richtige gewesen ist. Wir Bürger und Bürgerinnen fühlen uns gezwungen, aufzustehen und uns aktiv einzusetzen, für Belastungsklarheit und Rechtssicherheit. Unsere Grundrechte und Landstriche sind durch das Handeln der Landesregierungen der letzten Jahrzehnte bedroht. Bald werden aufgrund des Bevölkerungsschwundes in den Dörfern in Brandenburg allein die Kosten für die Wasserver- und -entsorgung weiter sprunghaft ansteigen. Die Folge werden verfallene Landstriche sein und Kommunen mit leeren Kassen und leerstehenden Häusern. Bereits im Jahr 2014 gibt es viele verfallene und aufgegebene Häuser im Land. Die kommunale Wasserversorgung der verbleibenden Bürger auf dem Land ist in Gefahr – wenn wir nicht JETZT etwas ändern. Es ist daher an der Zeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und positiv und lösungsorientiert in die Zukunft zu blicken. Wir wollen, dass wir gemeinsam zentralisierte Strukturen überdenken und dezentrale Lösungen fördern, soweit diese effizienter, kostengünstiger, ökologisch sinnvoller und langfristig wirksamer sind. Gegebenheiten vor Ort müssen berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollten sich Städte und Dörfer gegenseitig unterstützen. Wir laden Zweckverbände und die Politik ein, sich weiter zu öffnen und zusammen mit den Bürgern in einen konstruktiven Dialog zu treten. Wir wollen gemeinsam und auf demokratische Art und Weise mit Ihnen zusammen die vorhandenen Probleme lösen.